



Einstellungsoffensive als zentrale Herausforderung für alle Polizeibehörden in Hessen

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Kampf um die klügsten Köpfe ist nach wie vor in vollem Gange. Gutes Personal und Fachkräfte werden landauf und -landab überall gesucht – egal ob in der freien Wirtschaft oder im öffentlichen Dienst. Der Konkurrenzdruck, auch unter den Polizeien der Länder sowie des Bundes, ist Dank der Föderalismusreform II aus 2006 so groß wie noch nie. Hinzu kommen die drastisch gestiegenen Personalbedarfe der verschiedenen Sicherheitsbehörden infolge der demografischen Entwicklung (die von den meisten Dienstherren schlicht verschlafen wurde) sowie der aktuellen Sicherheitslage oder aber neuer Kriminalitätsphänomene. Unter diesen Voraussetzungen ist es äußerst schwierig, ausreichend geeignete Bewerberinnen und Bewerber für die Polizei zu finden und auch an diese zu binden. Denn hat man scheinbar ausreichend Bewerberinnen und Bewerber akquiriert, heißt dies noch lange nicht, dass sie ihren Dienst in Hessen antreten und sich für die hessische Polizei entscheiden; ebenso wenig, dass sie am Ende ihr Studium bei der Polizei auch (erfolgreich) beenden. Umso wichtiger ist es, den Polizeiberuf in Hessen attraktiv(er) zu machen und unseren gewerkschaftspolitischen Forderungen – egal ob zu dem Themen Besoldung, Versorgung, Ausstattung oder aber der Arbeitszeit – auch künftig Nachdruck zu verleihen. Umso mehr freut es mich in diesem Zusammenhang, dass wir zum Einstellungstermin im September etwa 560 neue Kolleginnen und Kollegen an den Standorten der Hessischen Hochschule für Polizei und Verwaltung (HfPV) begrüßen können, die ich an dieser Stelle herzlich willkommen heißen möchte. Weiterhin wünsche ich Ihnen alles Gute für das bevorstehende Studium und hoffe sehr – nicht zuletzt unter Bezugnahme auf meine einleitenden Worte – dass sie uns im selben Maße erhalten bleiben! Auch wenn wir die derzeitige



Marcel Müller

ge Einstellungsoffensive als Gewerkschaft selbstverständlich befürworten, stellt sie die hessische Polizei doch vor große Herausforderungen. Denn die neuen Kolleginnen und Kollegen fallen schließlich nicht einfach vom Himmel und stehen den Revieren und Kommissariaten auch nicht sofort zur Verfügung. Zu Beginn steht zunächst das Eignungs- und Auswahlverfahren, welches neben dem hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Nachwuchsgewinnung überdies von zahlreichen Kolleginnen und Kollegen aus dem Nebenamt heraus unterstützt und betreut werden muss. Nach erfolgter Einstellung müssen die neuen Anwärterinnen und Anwärter dann erst einmal ausgestattet werden, was diverse Beschaffungs- und Administrationsvorgänge für die Verwaltungsbereiche und Fachdienststellen nach sich zieht. Ebenso bedeuten erhöhte Einstellungszahlen auch einen größeren Bedarf an Lehrkräften und Ausbildern, die (egal ob im Haupt- oder Nebenamt) in irgendeiner Art und Weise den Stammdienststellen fehlen

und deren Abwesenheit von den Kolleginnen und Kollegen der entsendenden Behörden kompensiert werden muss. Weiterhin kommt es infolge größerer Studiengruppen zwangsläufig zu Raumproblemen, zunächst an den Hochschulstandorten und später in den Kommissariaten und Revieren der aufnehmenden Dienststellen, die nahezu alle Behörden schon heute vor große Schwierigkeiten stellen: Überall fehlt es an Büroräumen, Standardarbeitsplätzen oder Führungs- und Einsatzmitteln. Die polizeilichen Liegenschaften – nicht nur der Hochschule – platzen geradezu aus allen Nähten und weisen überdies teilweise einen hohen Renovierungsstau auf. Eine weitere, wie gleichermaßen zukunftsweisende und keinesfalls unerhebliche, Herausforderung im Zusammenhang mit der Hochschule, stellt die geplante Fusion der HfPV mit der Hessischen Polizeiakademie sowie der Zentralen Fortbildung dar. Dieses Thema dürfte die GdP in den nächsten Jahren intensiv beschäftigen und bedarf deshalb künftig einer engeren Begleitung durch den Landesvorstand. Wir müssen vor allem darauf achten, dass alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei einer solchen Fusion mitgenommen werden und niemand auf der Strecke bleibt. Die Betroffenen verdienen es gleichermaßen, dass wir ihnen zur Seite stehen und ihre Ängste und Nöte ernst nehmen! Doch auch in fachlicher Hinsicht müssen wir darauf achten, dass sich eine solche Fusion nicht negativ auf die Qualität der polizeilichen Aus- und Fortbildung auswirkt; diese muss auch in Zukunft den Besonderheiten und Bedarfen der polizeilichen Praxis ausreichend Rechnung tragen und darf keinesfalls vernachlässigt werden.

Mit kollegialen Grüßen

Marcel Müller,
Landesjugendvorsitzender



Ein Tag voller Freude und Zuversicht

Im schönsten Kurhaus Deutschlands begrüßte der Moderator der feierlichen Veranstaltung, Jörg Seiderer, alle Anwesenden mit dem ihm eigenen Humor! Zudem war es sein letzter Arbeitstag vor dem Eintritt in den verdienten Ruhestand. Nicht verstaubt und langweilig, sondern emphatisch und glaubwürdig setzte Jörg Seiderer auch im weiteren Verlauf der schönen Feier immer wieder humoreske Akzente.

Nach der offiziellen Begrüßung durch den Abteilungsleiter der HfPV am Standort Wiesbaden, zeigte das Landespolizeiorchester Hessen, dass es musikalisch auf der Höhe der Zeit ist und bekam zurecht nach jedem Musikstück langanhaltenden Applaus.

Strahlendes Ambiente, glänzende Augenpaare der Familien, Freunde und Bekannte blitzten auf, als die Studiengruppen des Jahrgangs 2/2016 einmarschierten und ihre Plätze einnahmen. Neben dem Inspekteur der hessischen Polizei, Andreas Röhrig, fanden auch die Behördenspitzen aus dem Polizeipräsidium Westhessen, HLKA, HBPP, HPT und HPA den Weg ins Kurhaus und dokumentierten mit ihrer Anwesenheit den Respekt an die angehenden Kolleginnen und Kollegen.

Nicht nur für die jetzigen Kriminal- und Polizeikommissarinnen und -kommissare war es ein besonderer Tag, auch für die Dozentinnen und Dozenten, für viele Kolleginnen und Kollegen – und nicht zu vergessen: für die Familien, Freunde und Angehörige,

die die Studierenden während ihrer sechs Semester intensiv begleitet und unterstützt haben. Sicherlich waren hier und da die Nerven kostüm extrem angespannt – das alles ist mir dem 5. Juli 2019 endlich Geschichte.

Das die Gewerkschaft der Polizei ihre Mitglieder und damit natürlich auch angehende Kolleginnen und Kollegen nicht im Stich lässt, war bereits auf den Eintrittskarten klar erkennbar! Auf der Rückseite der Einladungskarte prangte das GdP- Logo und selbstredend wurden die Karten von der Kreisgruppe HPA gesponsert.



Jörg Thumann gestaltete dann als amtierender Personalratsvorsitzender der Einstellungsbehörde HPA aktiv die Ernennungszeremonie mit, indem er die Dienstgradabzeichen an unsere uniformierten Kolleginnen und Kollegen überreichte. Der Rückblick auf die Studienzeit, gestaltet von zwei Studierenden, machte auch eines deutlich:

Studierende wollen Leitplanken im Studium, sie wollen Dienstbekleidung tragen und verstehen nicht, warum die Bereitstellung von benötigten Dienstspindeln Monate dauern und sie wollen professionelle Lern- und Arbeitsbedingungen in der „Hochschule“ am Standort Kohleck. Es sind also noch einige Hausaufgaben für die Verantwortlichen zu machen – die weiteren zusätzlichen Einstellungen von 750 Anwärtern sollten dazu Verpflichtung sein. Fördern heißt auch fordern! Die Einstellungszahlen sind lange bekannt und die Verantwortlichen sind in der Pflicht!

In lockeren Gesprächen nach der Feierstunde im Kurhaus äußerten viele Angehörige und Kolleginnen und Kollegen ihr Unverständnis darüber, dass weder Minister oder Staatssekretär, Landespolizeipräsident oder Landespolizeivizepräsident den Weg in „die gutt Stubb“ fanden. Einen persönlichen, besonderen Dank an dieser Stelle möchte ich gerne Dominik Schwan aussprechen, der über die gesamte Studienzeit immer das Gespräch zu seiner Gewerkschaft der Polizei und dem Personalrat als verantwortlicher Studiengruppensprecher gesucht hat. Einiges konnten wir gemeinsam bewegen, vieles ist noch unerledigt – wir bleiben dran. Schließen möchte ich mit dem Slogan der Einladungskarte: Die GdP – Dein Partner auch nach dem Studium!

Foto Markus Krause, Text Jens Mohrherr

„SICHERER ARBEITSPLATZ“

Beamtenverhältnis auf Lebenszeit – für viele ein Trugschluss

Immer häufiger werden Kolleginnen und Kollegen gegen ihren Willen frühpensioniert

Wie gut hört sich das immer noch an: Wir sind Beamte auf Lebenszeit. Da gilt doch immer noch der alte Spruch: „Wer keine goldenen Löffel klaut, der weiß, was er bis zur Pension arbeitet und verdient“. Oder gilt dieser Spruch heute doch nicht mehr?

Dieses sensible und für den Betroffenen gefährliche Thema soll hier einmal näher aus Sicht eines seit sieben Jahren „praktizierenden freigestellten Perso-

nalrates“ betrachtet werden. Für den Verfasser gefühlt, haben sich die Fälle einer vorzeitigen Versetzung in den Ruhestand gegen den Willen des Beschäftigten, zumindest im Polizeipräsidium Nordhessen, in den letzten Jahren erheblich gesteigert.

In den ersten meiner Jahre im Personalratsbüro kamen natürlich auch solche Fälle vor, aber dann waren die Kolleginnen und Kollegen oftmals sehr

krank und konnten keinen Dienst mehr versehen, egal auf welcher Position. Manchmal gilt der alte eritreische Spruch „das Unglück hat große Füße“ und trifft einen oftmals völlig unvorbereitet. Auch gab es immer Kolleginnen und Kollegen, die nach einer Erkrankung eine andere Lebensplanung hatten und mit der frühzeitigen Pensionierung einverstanden waren. Aber in den letzten beiden Jahren hat sich hier er-



„SICHERER ARBEITSPLATZ“

heblich etwas verändert. Und das sollen/müssen alle wissen, sonst werden im Verfahren der Überprüfung der Dienstfähigkeit schwere Fehler durch unsere Kolleginnen und Kollegen begangen, die nicht mehr heilbar sind und oftmals in einer persönlichen Katastrophe enden. Nach Ansicht des Verfassers gibt es in jedem Verfahren einen „point of no return“, einmal attestierte Dinge und in Unwissenheit begehrte Einschränkungen führen nun oft in den vorzeitigen Ruhestand.

Anhand eines fiktiven Fallbeispiels möchte ich hier die Gefahren des Verfahrens darstellen:

Unser Kollege, nennen wir ihn POM Fritz, ist Sportler. Beim Sport verletzt er sich erheblich am Knie und muss mehrmals operiert werden. Seinen Dienst verzieht er seit über 20 Jahren im Wechselschichtdienst auf einer Dienststelle. Durch seine Verletzung ist er acht Monate krank und kann keinen Dienst versehen. Eine weitere Verwendung im Schichtdienst scheint nicht möglich, da ihm die Ärzte von Einsätzen, bei denen er Gewalt ausgesetzt ist, dringend abraten.

Beginnen wir hier mit einem Blick in das Gesetz. Laut Beamtenstatusgesetz § 26 (1) „sind Beamte auf Lebenszeit in den Ruhestand zu versetzen, wenn sie wegen ihres körperlichen Zustandes oder aus gesundheitlichen Gründen zur Erfüllung ihrer Dienstpflicht dauernd unfähig (dienstunfähig) sind (...)“.

Der weitere Zusammenhang des nun anstehenden Verfahrens steht im Kontext mit § 111 Hessisches Beamtengesetz. Hier heißt es: „Polizeivollzugsbeamte sind dienstunfähig, wenn sie nach amtsärztlichen Gutachten den besonderen gesundheitlichen Anforderungen für den Polizeivollzugsdienst nicht mehr genügen und nicht zu erwarten ist, dass sie die volle Verwendungsfähigkeit innerhalb von zwei Jahren wiedererlangen, es sei denn, die auszuübende Funktion erfordert (...) diese besonderen gesundheitlichen Anforderungen nicht mehr uneingeschränkt (...)“.

Zurück zu unserem POM Fritz. Er wollte die letzten Jahre eigentlich schon immer auf das Geschäftszimmer seiner kleinen Station. Den möglichen Zeitpunkt des Absprungs durch Bewerbung auf eine freie Stelle ließ er damals verstreichen, da er sich noch zu jung für den Tagdienst fühlte. Nun sah er seine Chance kommen. Raus aus der Schicht und ab ins Geschäftszimmer.

Sein Dienststellenleiter leitete in Absprache mit POM Fritz die polizeiärztliche Untersuchung am Ende der acht

Monate ein, um zu schauen, wo man ihn denn noch einsetzen kann. Freudig wartete POM Fritz auf die Vorladung zur Untersuchung, sein Plan sollte Wirklichkeit werden. Nach wenigen Wochen bekam er dann seinen Termin. Die Polizeiärztin war sehr nett und hatte großes Verständnis für die Folgen des Sportunfalls und auch, dass er keinen Dienst in der Schicht mehr machen kann. Also wurde das erste Kreuz bei der Einschränkung „nicht mehr Schichtdienstfähig“ gesetzt. Freudig erzählte unser POM Fritz von seinen Plänen, in das Geschäftszimmer zu kommen. Die nette Ärztin wies ihn darauf hin, dass auch das Tragen der Dienstwaffe eine erhebliche Belastung für sein Knie darstellen würde und bot ihm an, auch eine Einschränkung beim Tragen der Waffe zu setzen. Mit dem weiteren Hinweis, dass



das Tragen der Uniform ja eigentlich auch ohne Waffe nicht möglich sei und dies in einem Geschäftszimmer eh nicht erforderlich ist. POM Fritz freute sich über diese Unterstützung und griff gerne in den „Bauchladen“ der Einschränkungsmöglichkeiten hinein. Dazu kam seine Idee, dass er natürlich einsatzbereit und auch Dienstfahrzeuge nicht mehr fahren kann und möchte. Am Ende bekam er das finale Kreuz noch bei „er darf keinen Gefahren und Angriffen mehr ausgesetzt sein“.

Mit einem Gefühl der Freude fuhr POM Fritz zu seiner Dienststelle und informierte seinen Chef. Dieser teilte ihm mit, dass der Posten des Geschäftszimmerbeamten aber zur Zeit besetzt sei und der Kollege auch erst in vier Jahren in den Ruhestand gehen würde. Aber er würde es der Direktion melden, man würde sicher etwas finden.

Da POM Fritz seiner Verpflichtung zur Überprüfung gem. § 36 HBG bereits wie oben geschildert nachgekommen ist, werden wir diesen Paragraphen hier nicht näher betrachten. Gemäß § 37 HBG in Verbindung mit § 27 Beamtenstatusgesetz wird das Verfahren der Überprüfung einer möglichen Verwendung beschrieben. Nun nahm das Unglück seinen Lauf. Leider hatte man für POM Fritz mit die-

sem bunten Strauß der Einschränkungen auch keine Stelle, genau wie im gesamten Polizeipräsidium.

POM Fritz wurde nun von einer gewissen Unruhe befallen. Aber er war noch guter Dinge, da ja eine Verwendungskommission für ihn eine Stelle suchen sollte. Am Tag der Verwendungskommission kam dann die finale Erkenntnis, dass im gesamten PP keine Stelle mehr für ihn frei sei. Gemäß § 42 HBG würde er zeitnah eine Urkunde über die Versetzung in den Ruhestand ausgehändigt bekommen. Natürlich würde seine Behörde bei anderen Behörden der allgemeinen Verwaltung nachfragen, ob hier eine Stelle für ihn frei wäre. Selbst hat der Verfasser in den sieben Jahren nie erlebt, dass eine andere Behörde einen angeschlagenen „Schutzmann“ übernommen hat.

So endet dieses kleine Fallbeispiel, etwas überzeichnet, aber der erlebten Realität nicht ganz fern mit dem Ruhestand unseres Kollegen, der nun mit 1600 Euro nach ca. 20 Dienstjahren zurecht kommen muss. Egal ob das Häuschen schon abbezahlt ist und die Kinder noch am Studieren sind.

Leider hat unser Kollege im Fallbeispiel nicht frühzeitig den Personalrat oder die anderen Gremien, die für die Kolleginnen und Kollegen da sind, eingeschaltet und um Rat gefragt. Dies kann ich allen nur vor dem Besuch des Polizeiarztes dringend empfehlen. Durch eine Beratung beim örtlichen Personalrat, der Gleichstellungsbeauftragten, der Schwerbehindertenvertretung oder der Personalberatung und der eigenen Gewerkschaft, deiner GdP.

In der Polizei Hessen wurden im Jahr 2018 54 Kolleginnen und Kollegen früh pensioniert. In Nordhessen im Jahr 2018 davon zwölf Kolleginnen und Kollegen. Im laufenden Jahr wurden in Nordhessen bereits neun vorzeitige Pensionierungen ausgesprochen, weitere sind in der Bearbeitung.

Für alle jüngeren Leser dieses Artikels möchte ich den dringenden Rat mitgeben, sich eine Polizeidienstunfähigkeitsversicherung abzuschließen. Wichtig ist hier, dass sie auch wirklich die Polizeidienstunfähigkeit absichert und nicht nur die allgemeine Berufsunfähigkeit. Sollte dann der Fall der Frühpensionierung eintreten, leistet die Versicherung in der Regel zwischen 500 bis 1000 Euro monatlich, bis zum Eintritt in die reguläre Pension.

Bitte denkt diese kleine Geschichte nach und vergesst den Traum des Leibesbeamten!

Stefan Ruppel, stellv. Landesvorsitzender



KASSEL IM AUSNAHMEZUSTAND

Einsatzbetreuung der GdP am 20. 7. 2019 in Kassel

Was wäre denkbar schlechter als der größte Einsatz für das Polizeipräsidium Nordhessen in den letzten Jahrzehnten zur Haupturlaubszeit in den Sommerferien, bei einer eh schon starken Arbeitsbelastung durch die Mordkommission Limecke und die BAO Herkules?

Leider hört und liest man ja fast täglich in den Medien von dem „braunen Sumpf“ in Kassel. Entfernte Freunde und Verwandte rufen einen nach Jahren mal wieder an und fragen, wie man denn in dem „braunen Nest“ noch leben kann.

So oder ähnlich ist es sicher einigen in Nordhessen in den letzten Wochen ergangen. Und nun hat die Partei „Die Rechte“ die schlimmste mögliche Provokation mit der Anmeldung einer Demonstration am Samstag, 20. 7., in Kassel verursacht. Am Tag des gescheiterten Attentats auf Hitler. Unter dem Motto „Schluss mit der Pressehetze und Verbotphantasien“ gelang es dem Anmelder Chr. Worch, die Stadt mit ihren Bürgern in eine geschlossene Abwehrhaltung zu bringen. Auch aufgrund des bundesweiten Medieninteresses an diesem Einsatz wurde durch das PP Nordhessen mit einem ordentlichen Kräfteansatz von über 20 Hundertschaften aus vier Bundesländern und der Bundespolizei geplant.

Auch die GdP wollte bei diesem „Großereignis“ für die Kolleginnen und Kollegen Flagge zeigen. In enger Abstimmung mit dem Landes-

vorsitzenden A n d r e a s Grün wurde der GdP-Einsatz geplant.

Mit 25 ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern, die an dem Samstag über zehn Stunden in ihrer Freizeit die Kollegen betreuten und von Limburg über S ü d h e s s e n und aus Ost-

hessen zu uns kamen, um die Bezirksgruppe Nordhessen kraftvoll zu unterstützen. Neben unseren treuen Pensionären, auf die man sich zum Glück immer verlassen kann, wurde das Team auch von unseren Damen aus dem PR Büro, Irene und Simone, sowie drei Polizeianwärtern und zwei GdP-Rettungsanleitern des Teams „Taktische Einsatzmedizin“ betreut und verstärkt.

Wir hatten einen Versorgungsstand in der IV. Bereitschaftspolizeiabteilung, dem PP Innenhof, und mit der Kreisgruppe der GdP-Bereitschaftspolizei – der BuPoL in Ihringshausen – eine super Verstärkung und auch dort einen Extrastand.



Mit unserem mobilen Team Nr. 1 mit Nobby Birnbach, Dieter Hering und Tobias Flierl, war die Versorgung der Hundertschaften im Einsatz mit Getränken, Obst und Snacks gewährleistet. Auch das mobile Team Nr. 2 mit Martin Mohr und Alexandra Stehr-Kröll aus Osthessen leistete draußen den Kollegen einen tollen Dienst.

Mit elf Gegenkundgebungen war den „Rechten“ der eigentliche Marsch zum Regierungspräsidium, dem Arbeitsplatz des ermordeten Walter Lübcke, verwehrt worden. Über 10 000 Kasseler Bürgerinnen und Bürger stellten sich dem entgegen. Dies hatte zur Folge, dass der gesamte Verkehr und öffentli-



KASSEL IM AUSNAHMEZUSTAND



che Nahverkehr in Kassel an diesem Tag komplett zum Erliegen kam.

Zum Glück hatte unser Sanitäter-Team um Michal Larusch, Michael Jakobi und Thorsten Klug auch recht wenig zu tun. Mit einer eigenen Erste-Hilfe-Station am GdP-Stand im Innenhof des PP hätte man auch verletzte Kollegen fachgerecht mit Vollausrüstung des Rettungsdienstes versorgen können. So wurden zum Glück nur Kopfschmerztabletten ausgegeben und eine Kreislaufschwäche mit Wasser behoben.

Über den Tag war die GdP somit an allen drei Standorten und im Einsatzgeschehen sehr präsent und konnte vielen Kolleginnen und Kollegen eine Kleinigkeit überreichen. Geleitet wurde der GdP-Einsatz aus dem Vorstand der Seniorengruppe von „Urmel“ Hans Joachim Barwe. Erstmals hatte die GdP einen italienischen Eiswagen einer Eisdieler zur

Versorgung der Kollegen verpflichtet. Mit diesem Eiswagen konnte sich an jedem Standort und auch direkt im Einsatz jeder Kollege auf Kosten der GdP eine Kugel Eis abholen. Dieses Angebot wurde bei der großen Hitze gerne genutzt.

Das Team in der IV. Abteilung konnte mit Irene Franiek, Michael Miunske, Wolfgang Bade, Lothar Hölzgen und Jörg Gaulrapp erfolgreich arbeiten.

Im PP Innenhof waren mit Simone Sauerländer, Uwe Bartholmai, Norbert Vollmer, Wolfgang Fahrenbach, Stefan Hebel aus Osthessen und Till Stöltzing das super Team.

Fuldatal wurde mit Dieter Brack, Helmut Gerland und Gunter Arnold sowie der KG BuPOL erfolgreich besetzt.

Unser Landesvorsitzender Andreas Grün war auch vor Ort und besuchte die Stände der GdP sowie die Einsatzleitung in Kassel. Mit einem überwiegend friedlichen Verlauf

der Demo, wenigen Festnahmen und keinen verletzten Polizisten konnte aus Sicht der Polizei dieser Tag als Erfolg verbucht werden.

Danke an alle GdP-Helfer, auch an Iris Icke, in der Vor- und Nachbereitung.

Danke aber auch an alle im Einsatz befindlichen Kolleginnen und Kollegen und dem Planungs- und Einsatzstab für die professionelle Durchführung dieses Großereignisses.

Unser Dank gilt auch Herrn Schön von der SB Union in Waldau. Er war eine große Hilfe beim Zusammenstellen der Ware und konnte der GdP auch preislich noch entgegenkommen.

Das Wichtigste an einem Tag wie diesem ist, dass alle gesund wieder nach Hause kommen!

Stefan Rüppel,
Bezirksgruppe Nordhessen



Wenn der Mieter die Sanierung zahlt!

„Die ich rief, die Geister werd' ich nun nicht los ...“

Diese Zeilen in der Überschrift aus dem Zauberlehrling von Johann Wolfgang von Goethe können es nicht trefflicher ausdrücken. Die Landesregierungen unter der Ägide des Ministerpräsidenten Roland Koch machten sich ab 1999 auf, um (unter anderem) landeseigene Liegenschaften auf dem Immobilienmarkt gewinnbringend zu verkaufen. 54 Liegenschaften, die im Landesbesitz waren, konnten 2005 und 2006 veräußert werden. Mietverträge wurden für 30 Jahre (!) geschlossen mit der in der Überschrift zitierten Mieterverpflichtung. Rund zwei Milliarden Euro wurden eingenommen und in die klammen Haushaltskassen „gespült“! Eilig wurde schnell ein landeseigener Betrieb gegründet, der sich um Bau- und Liegenschaften „professionell“ kümmern sollte. Dieses Konstrukt heißt heute Landesbetrieb Bau- und Immobilien Hessen (LBIH).

Die erhoffte Erfolgsstory blieb aus und man fuhr „krachend gegen die Wand“! Landeseigene Gebäude, darunter auch viele Polizeidienststellen und Präsidien, wurden älter, Renovierungs- und Sanierungsmaßnahmen fanden häufig nicht, oder im erforderlichen Maß statt und so trug es sich zu, dass Investitionsstaus mit erheblichen Konsequenzen sich in den Folgejahren anhäuferten. Die unter dem Rubrum „Leo I

und Leo II“ veräußerten Landesliegenschaften wurden per Mietvertrag mit den Eigentümern nach Mitteilung des Steuerzahlerbundes Hessen so vereinbart, dass die Mieter nicht nur die Mieten, sondern zusätzlich auch die anfallenden Sanierungen und Renovierungen vollumfänglich finanziell zu tragen haben. Klingt komisch, ist aber so!

Am Beispiel der „Hessischen Polizeischule“, die heute den Namen Hessische Polizeiakademie trägt, wird das jahrelange Sparen und das untätige Verhalten des LBIH deutlich. Auf diesem 45 000 Quadratme-



ter großem Gelände ist auch die Hochschule für Polizei und Verwaltung (HfPV), Abteilung Wiesbaden, vor Jahren mit Verwaltungsapparat und den Studierenden eingezogen. Als zentraler Fortbildungsstandort der hessischen Polizei sind jährlich Tausende Lehrgangsteilnehmer im Rahmen von Fortbildungen unterwegs. Dazu noch in der Spitze 1000 Studierende, die ebenfalls die vorhandene (marode) Infrastruktur nutzen müssen. Schieß-, Sportstätten, Lehrsäle sowie Küche und Kantinenräume werden gnadenlos über die Kapazitätsgrenzen hinaus genutzt. Selbstbehelfe, wie die angelaufene dezentrale Führungskräftefortbildung, helfen nicht wirksam. Für Studierende (ohne eigene Wohnung) besonders ärgerlich, wurden in den zurückliegenden Jahren die zur Verfügung stehenden Bettplätze, die gegen geringes Entgelt angemietet werden konnten, quasi gegen null reduziert. Damit ist bezahlbares Wohnen für Studierende (einst Polizeischüler) in der Folge

konsequent abgeschafft. Nicht zuletzt aus diesem Grund scheuen vielleicht einige potenzielle Bewerberinnen und Bewerber, sich bei der hessischen Polizei zu bewerben. Dies war in der Vergangenheit anders. Anfang der 1990er-Jahre konnten noch 861 Unterbringungen für Lehrgangsbetrieb (darunter auch Ausbildung/HAL) realisiert werden. In einem Grußwort in der Festschrift zum 40. Geburtstag der HPS 1991 bin ich auf folgende Zeilen des Innenministers Dr. Günther gestoßen: „Aus- und Fortbildungen gehören zu den wichtigsten Investitionen für die Zukunft. Keine Organisation kann auf gut aus- und fortgebildete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verzichten. Für die Polizei gilt dies im besonderen Maße“ (...), soweit Dr. Günther. Ministerialdirigent von Hoerschelmann (HMDluS) schreibt in seinem Grußwort: „Sie (die HPS) hat sich in 40 Jahren in einem umfassenden Sinne gut entwickelt. Die Baracken und Behelfsunterkünfte des Jahres 1951 sind abgelöst worden durch moderne und großzügige Gebäude für das Lehren, Lernen und Wohnen.“ Dies galt offensichtlich bis 1991! Was in den ersten 40 Jahren des Bestehens der „HPS“ errichtet und gebaut wurde, ist heute noch baubsubstanzmäßig Maßstab der Dinge. Das Lehrsaalgebäude (aus dem Jahr 1954) wird auch 65 Jahre später von Studierenden und Lehrgangsteilnehmern täglich aufgesucht. Neue Fenster und Bodenbeläge aus den Siebziger- und Achtziger-Jahren des zurückliegenden Jahrhunderts können nicht kaschieren, dass insbesondere die technischen Ausstattungen der Lehrsäle mit einer er-



SANIERUNGSTAU



wachsenengerechten Fortbildung oder gar einen hochschulischen Studienbetrieb **nichts gemein haben!** Flächendeckendes WLAN, unter vielen „Dorflinden“ im hessischen Umland nutzbar, suchen lernwillige auf dem Gelände erfolglos. Die (in der Vergangenheit) zusammengelagerten Bibliotheken (Verwaltungsfachhochschule/HfPV und der HPS/HPA) werden dem Ansturm der Lernwilligen kaum Herr. Nutzbare PC-Arbeitsplätze zu Recherchezwecken wurden zögerlich realisiert. Die bereitgestellte Anzahl der Rechner teilt man besser nicht durch die Anzahl der Bedarfswilligen! Und die sanitären Einrichtungen werden der Menschenmassen nicht gerecht, die diese notgedrungen aufsuchen müssen.

Bis 1974 entstand das Unterbringungsgebäude XIX und wurde mit Kosten von 6,3 Millionen DM gebaut. Die Sanierungskosten in den letzten Jahren können (in damaliger Währung DM gerechnet) mit dem doppelten der damaligen Bausum-



me, nämlich sechs Millionen Euro, beziffert werden. Der landeseigene Betrieb hat ganze Arbeit geleistet! Die Sport- und Schwimmhalle aus dem Jahr 1981, die augenscheinlich noch einigermaßen funktional erscheint, steht kurz vor dem Kollaps. Zu- und Abwasserleitungen sowie das Kanalsystem müssen von Grund auf saniert und erneuert werden. Angemietete Duschcontainer, die die wenigen defekten sanitären Einrichtungen in der Sporthalle kompensieren sollen, können aus technischen Gründen – es mangelt wohl an der Wasserqualität, nicht betrieben werden. Kosten fallen dennoch an! Der vor einigen Jahren errichtete neue Sportplatz (Kunstrasen) mit den dazugehörigen Sprung- und Wurfgruben sowie einer umrandenden Tartanbahn ist auf dem neuesten Stand.

Wen wundert es also, das neben Printmedien (Wiesbadener Kurier) auch der Hessische Rundfunk in ei-



nem Hessenschau-Beitrag das ganze Ausmaß dieser maroden Infrastruktur öffentlich thematisierte. In diesem Beitrag werden anstehende Sanierungskosten in Höhe von 85 bis 220 Millionen Euro durch einen Gutachter taxiert. Dumm dabei ist die Tatsache, dass der Mieter und damit die hessischen Steuerzahler dafür aufkommen müssen. Die HPA in Wiesbaden in guter Gesellschaft. Das ehemalige Hessische Sozialministerium, in unmittelbarer Nähe zum HLKA gelegen, hat ebenfalls einen Sanierungsrückstand im zweistelligen Millionenbereich. Dazu kommt noch die Jahresmiete von einer Millionen Euro für ein mithin ein Jahr leer stehendes Gebäude. Nach dem Umzug des Sozialministeriums zahlt das Land in der neuen Liegenschaft obendrauf nochmal über zwei Millionen Euro Jahresmiete! Respekt den Verantwortli-



chen rund um das LBiH! **Der Bund der Steuerzahler fordert zurecht von der Landesregierung eine Bestandsanalyse aller abgeschlossenen Projekte, um die anfallenden Kosten beziffern zu können. Diese Forderung bleibt leider derzeit ein unerfüllter Wunsch, denn kein Verantwortlicher aus einem hessischen Ministerium wird Fehler der (eigenen) Vorgängerregierungen im Nachgang rügen oder gar öffentlich machen!** Auch einige hessische Minister, derzeit sieben, „sind zur Miete untergebracht!“ Am teuersten ist die Miete im Innenministerium, hier fallen 2,51 Millionen Jahresmiete an. Schließen möchte ich diesen Artikel mit einem Auszug aus der Festschrift zum 40. Geburtstag der HPS unter der Überschrift: Kapazitätsengpässe der HPS zu Beginn der 90er-Jahre: „*Angesichts zurückgehender Geburtenzahlen bei voraussehbar großen Pensionierungszahlen während der bevorstehenden Jahre, wurden die Anstrengungen der polizeilichen Nachwuchswerbung erheblich verstärkt (...)* Die HPS platzt zu Beginn der 90er-Jahre aus allen Nähten!“ 2019, und damit fast dreißig Jahre später, ist die Befürchtung, einer erwachsenengerechten Aus- und Fortbildungsanforderung nicht mehr gerecht werden zu können, bittere Realität geworden! Wie wollen wir im dauerhaften Wettbewerb um den geeignetsten Polizei-Nachwuchs im Rhein-Main-Gebiet bestehen, wenn es nicht gelingt, endlich akzeptable Standards in Infrastruktur und Technik (landesweit an allen HfPV-Standorten) und der HPA kurzfristig bereitzustellen und langfristig zu sichern? Vielleicht hatte Meister Goethe seiner Zeit als „Zauberlehrlinge“ auch Berufspolitiker im Kopf? Man weiß es nicht ...

Fotos GdP, Text Jens Mohrherr



Brunnenfest/Mudra – Sportfest 2019

In enger Abstimmung mit allen in der Mudra beheimateten Dienststellen (Präsidium, I. BPA, WSPA, ÄD) wurde in diesem Jahr dem traditionellen Brunnenfest ein Sporttag vorangestellt. Bereits morgens wurden in einem Volleyballturnier die Kräfte gemessen. Yoga, Laufeinheiten, Nordic Walking, Einsatztraining, progressive Muskelentspannung etc. für Einsteiger und/oder Sportaffine wurde angeboten. Jeder hatte die Möglichkeit, nach individueller Neigung und Interesse, eine oder mehrere Angebote in Anspruch zu nehmen. Als besondere Servicemöglichkeit wurde eine Bioelektrische Impedanz-Analyse angeboten. Nicht erschrecken – hierbei ging es lediglich um eine Körperfettanalyse mit weiteren Faktoren zur individuellen Betrachtung der körperlichen Konstitution.

Parallel hierzu liefen die Vorbereitungen auf das nachmittags im Anschluss stattfindende Brunnenfest. Da zeitgleich das Seminar „Training geschlossener Einheiten“ stattfand, mussten die Verantwortlichen kurzerhand die Eröffnung des Brunnenfestes vorverlegen, da das TGE bereits um 14

Uhr Dienstende hatte. Nach und nach füllte sich der Innenhof der Mudra. Grillwürstchen, Getränke erfreuten sich einem großen Abnehmerkreis. Gespräche über das zurückliegende Seminar oder der weitere Studienverlauf wurden geführt. Jeder suchte sich mit seiner Festzeltgarnitur ein schattiges Plätzchen. Das Wetter war hervorragend und nach Beendigung der sportlichen Aktivitäten und der anschließenden Siegerehrung durch die Abteilungsleitung kam das Brunnenfest auf volle Touren. Beweisgesichert nutzen viele der Anwesenden die Fotobox. Nach der ein oder anderen Sympathiesituation wurden Gruppenfotos oder „Teamfotos“ (zwei Personen) erstellt. Angehörige aus allen Gruppierungen fanden sich zusammen, um abseits von Dienstgeschäften einen regen Austausch zu pflegen. Pensionäre, Kinder und Familienangehörige fanden alle einen geeigneten Platz. Gerade unsere Pensionäre, auf die wir uns immer ganz besonders freuen, fragen immer interessiert nach den aktuellen Veränderungen in der Mudra. Und da gibt es immer etwas zu erzählen.

Wir, die Kreisgruppe Mudra, werden nicht müde, der Veranstaltung „Brunnenfest“ den entsprechenden Stellenwert zukommen zu lassen. In Zeiten, wo „Traditionen“ nur mit viel Herzblut und Engagement hochgehalten werden können, ist unser Brunnenfest ein Eckpfeiler unse-



rer Bemühungen, ein gepflegtes Miteinander zu leben.

Zum Ende möchte ich mich bei der FüGru der I. BPA für die Durchführung des Sportfestes, der Küche der I. BPA für die leckeren Smoothies und allen Helfern, die bei der Durchführung des Brunnenfestes unterstützt haben, danken. Ich freue mich schon auf das Brunnenfest 2020.

Klaus Otto



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: **Landesbezirk Hessen**

Geschäftsstelle:
Wilhelmstraße 60a
65183 Wiesbaden
Telefon (06 11) 99 22 7-0
Telefax (06 11) 99 22 7-27
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Redaktion:
Markus Hüschentbett (V.i.S.d.P.)
c/o Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Hessen
Wilhelmstraße 60a
65183 Wiesbaden

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZIELITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 41
vom 1. Januar 2019

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6446

JUBILARE

25-jähriges Gewerkschaftsjubiläum

Peter Pfaffinger
Kreisgruppe HPA
Andreas Rothhaar
Kreisgruppe HPA

Peter Huth
Kreisgruppe HPA
Beate Thomas
Kreisgruppe HPA

50-jähriges Gewerkschaftsjubiläum

40-jähriges Gewerkschaftsjubiläum

Karl-Heinz Josbächer
Kreisgruppe Bad Homburg
Uwe Bettmann
Kreisgruppe HPA

Peter-Paul Bartels
Kreisgruppe HPA
Knut Schneider
Kreisgruppe HPA
Wolfgang Seipel
Kreisgruppe HPA

